

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Wiebke Diehl

21.02.2020

Kein Vertrauen

Libanon: Proteste trotz positiven Parlamentsvotums für neue Regierung. Kritik an Verbindung zu traditionellen politischen »Eliten«



Hussein Malla/AP/dpa

Können Krise nicht lösen: Demonstranten wollen in Beirut die Absegnung des neuen Kabinetts verhindern (11. Februar)

Hintergrund:

Geld für »Hisbollah-Regierung«?

Die neue libanesische Regierung wird für die Bewältigung der Wirtschaftskrise maßgeblich auf die Unterstützung der »internationalen Gemeinschaft« angewiesen sein. Aber auch wenn der Internationale Währungsfonds (IWF) genau wie die 2013 gegründete Unterstützergruppe für den Libanon letzte Woche Hilfen zugesagt haben, bleiben sowohl die USA als auch die Golfstaaten, die in der Vergangenheit massiv in den Zedernstaat investiert haben, auffällig zurückhaltend. Auf die Ankündigung Hassan Diabs, seine erste Auslandsreise in die Länder am Persischen Golf unternehmen zu wollen, gab es bislang keine Reaktion, geschweige denn eine Einladung.

Das hängt vor allem damit zusammen, dass das Kabinett Diab in westlichen Medien und denen der Golfstaaten, aber auch von den entsprechenden Regierungen nahezu einstimmig als

Regierung von Gnaden der Hisbollah und ihres Bündnispartners, der Freien Patriotischen Bewegung von Staatspräsident Michel Aoun dargestellt wird. Der Beitrag zur heutigen Wirtschaftskrise durch die in den letzten Jahren immer wieder verschärften US-Sanktionen gegen die an der Regierung beteiligte »Partei Gottes« wird dabei gerne verschwiegen. Dass keiner der von der Hisbollah unterstützten Minister für Industrie und Gesundheit Parteimitglied ist, spielt ebenso wenig eine Rolle wie der Fakt, dass die »Allianz des 8. März« den Rücktritt der Regierung Hariri eben nicht zum Anlass genommen hat, mit Hilfe ihrer Mehrheit im Parlament die Macht an sich zu reißen, sondern statt dessen lange eine erneute Amtszeit Hariris präferierte.

Dass die prowestliche und mit den Golfstaaten verbündete »Allianz 14. März« erstmals in der Opposition ist, könnte zum ernststen Problem werden. Zwar sind Verhandlungen mit internationalen Geldgebern und insbesondere mit dem IWF über mögliche Aufschübe bei der Rückzahlung von Geldern offenbar im Gange. Doch welche Reformen genau als Vorbedingung etwa für die Freigabe der bereits 2018 dem Libanon zugesagten 11 Milliarden US-Dollar gefordert werden und ob dies auch eine Beschneidung des Einflusses bestimmter politischer Kräfte impliziert, ist unklar. Mehrere Staaten, darunter die USA, haben die Hisbollah auf ihre Terrorlisten gesetzt.

Entlastung bringen könnten mögliche Zahlungen aus Russland. Eine Einzahlung von 1,1 Milliarden US-Dollar bei der Zentralbank soll im Gespräch gewesen sein. Zumindest für die am 9. März anstehende Rückzahlung eines 1,2 Milliarden schweren Eurobonds wäre dem Libanon damit immens geholfen. (wd)

Komplett anzeigenVerkleinern

Am vergangenen Dienstag hat eine Mehrheit der libanesischen Parlamentsabgeordneten dem neuen Kabinett von Hassan Diab das Vertrauen ausgesprochen. 63 der 84 anwesenden Parlamentarier unterstützten die Regierung des ehemaligen libanesischen Bildungsministers und Vizepräsidenten der Amerikanischen Universität in Beirut, dem sechs Frauen angehören und das mit 20 Ministern um ein Drittel kleiner ist als das vorherige. Ein Teil der insgesamt 128 Abgeordneten hatte die Abstimmung boykottiert. Das prowestliche »Bündnis 14. März« unter Führung des am 29. Oktober zurückgetretenen Ministerpräsidenten Saad Hariri, dem auch die »Progressive Sozialistische Partei« von Walid Dschumblat und die für ihre Bürgerkriegsverbrechen berüchtigten »Forces Libanaises« angehören, unterstützt das Kabinett Diab nicht, anders als die u. a. aus der Hisbollah, der Amal-Bewegung und der Freien Patriotischen Bewegung von Staatspräsident Michel Aoun bestehende »Allianz 8. März«.

Die Sitzung der Abgeordneten war von heftigen Protesten begleitet worden. Obwohl die neue Regierung, wie von den Demonstranten gefordert, zu großen Teilen aus nicht parteipolitisch gebundenen Persönlichkeiten besteht, versuchten die Protestierenden, die Vertrauensabstimmung im Parlament zu verhindern. Zu diesem Zweck wurden Steine auf Fahrzeuge von Abgeordneten und gegen Mauern rund um das weitläufig abgeriegelte Parlamentsgebäude geworfen. Bei gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Einsatzkräften und Demonstranten, bei denen Wasserwerfer und Tränengas zum Einsatz kamen, wurden mehr als 370 Menschen verletzt.

Ihre Kritiker werfen der neuen Regierung mangelnde Distanz zu den traditionellen politischen Eliten vor und trauen ihr weder die Bewältigung der größten wirtschaftlichen Krise seit Gründung des libanesischen Staates, noch die Abschaffung des politischen

Konfessionalismus und die Schaffung eines säkularen Systems zu. Im Libanon werden Staatsämter und Abgeordnetenmandate, aber auch Posten in öffentlichem Dienst und der Wirtschaft, nach einem Proporzsystem zwischen den 18 anerkannten Religionsgemeinschaften des Landes vergeben. Demnach muss der Präsident immer maronitischer Christ, der Ministerpräsident Sunnit und der Parlamentspräsident Schiit sein. In der libanesischen Verfassung, die zugleich eigentlich vorsieht, dass öffentliche Ämter ausschließlich nach dem Kriterium der Qualifikation vergeben werden dürfen und die allen libanesischen Bürgern die gleichen zivilen, sozialen und politischen Rechte zusichert, ist allerdings auch die Abschaffung dieser sogenannten Proporzdemokratie als »nationales Ziel« festgeschrieben. Umgesetzt werden soll es von den »führenden politischen, intellektuellen und sozialen Persönlichkeiten«. Allein die mangelnde Unterstützung des politischen Blocks um Hariri für das Kabinett Diab wird einen ernsthaften Vorstoß zur Umsetzung dieses Ziels aller Wahrscheinlichkeit nach unmöglich machen.

Das Parlament setzte seine Beratungen trotz der Proteste fort. Diab versprach, bis Ende des Monats einen »Krisenplan« auszuarbeiten. »Jeder Tag«, an dem dieser Plan nicht in Kraft sei, bedeute »mehr Verluste für das Land«, so der Ministerpräsident. Direkt nach der Bestätigung seines Kabinetts Ende Januar durch Präsident Michel Aoun hatte Diab angekündigt, auf die Forderungen der Demonstranten eingehen zu wollen, obwohl sie in der vorangegangenen »Woche der Wut« offen ihre Abkehr von rein friedlichen Protestformen angekündigt hatten. »Ich begrüße die Aufstände«, hatte Diab gesagt und den über konfessionelle Grenzen hinweg gemeinsam protestierenden Libanesen zugesprochen, das Land vereint zu haben.

Dass die Proteste und die politische Instabilität weitergehen werden, steht indes zu befürchten. Denn auch die von der »internationalen Gemeinschaft« als Vorbedingung für Hilfen geforderten Reformen, die die neue Regierung im Kampf gegen die Wirtschaftskrise umzusetzen plant, werden die Situation der libanesischen Bürger kaum schnell und spürbar verbessern. Bereits am 6. Februar hatte sie einen von ihr selbst als »schmerzhaften Schritt« bezeichneten 17seitigen Plan beschlossen. Darin vorgesehen sind u. a. Steuererhöhungen und eine progressive Einkommenssteuer, Zinssenkungen, die Rekapitalisierung von Banken sowie ein Ende des Bankgeheimnisses für öffentliche Angestellte. Die Geldhäuser sollen zudem ihre Reserven einsetzen und ihre Investitionen im Ausland abstoßen. Wie mit den Auslandsschulden umgegangen werden soll, und wie man die geplünderten öffentlichen Gelder zurückholen will, bleibt indes unklar.

Aus: [Ausgabe vom 17.02.2020](#), Seite 3 / Schwerpunkt
Nach der Regierungsbildung